

Wiener Rathaus-Korrespondenz

Herausgeber und verantwortl. Redakteur Franz Michen.
Wien, 1., Neues Rathaus.

Ausgabe

25. Jahrgang Wien, Freitag den 5. Dezember 1919, Nr. 475.

Kartoffelabgabe. Samstag bis Dienstag werden im 2. Bezirke italienische Kartoffeln zum Preise von K 4.80 per kg, und zwar 1/2 kg pro Kopf gegen Abtrennung des Buchstaben "C" der Kartoffelkarte abgegeben.

Für die Wiener Kinder. Das Österreichische Konsulat in Karlsruhe hat an Bgm. Reumann folgendes Telegramm gesendet: In Heilbronn und Karlsruhe hat mit großer Begeisterung eine Aktion eingesetzt, stark unterernährte Wiener Kinder über den Winter in Familien unterzubringen. Mehr als 1000 Anmeldungen haben sich bereits ergeben.

2. Ausgabe

25. Jahrgang, Wien, Freitag, den 5. Dezember 1919, Nr. 477.

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung, vom 5. Dezember 1919.

Bgm. Reumann teilt mit, dass ihm von dem Rechtsanwalt Dr. Arthur Pollack folgende Zuschrift zugekommen ist: Einer meiner Klienten, Herr Arnold Frensdorf in Amsterdam Nr. 5, hat mir einen grösseren Betrag mit der Weisung zukommen lassen, denselben nach meinem Ermessen für die Zwecke der durch die Not am Ärgsten betroffenen Wiener Bevölkerung zu verwenden. Ich glaube nun den Intentionen meines Mandanten am besten zu entsprechen, wenn ich Ihnen von der mir zur Verfügung stehenden Summe den Betrag von K 20.000.- zum Zwecke der Beteiligung armer, würdiger Wiener ohne Unterschied von Konfession und Parteistellung mit Lebensmitteln, eventuell zur Schaffung oder Verstärkung eines derartigen Fonds, zu eigenen Händen überweise. Die Verwendung dieser Summe in Einzelnen wird innerhalb des angeführten Zweckes ganz Ihrem Gutdünken hochverehrter Herr Bürgermeister überlassen.

Von Seite der Gemeinde Bologna wurden zwei Herren zu mir entsendet und habe ich von ihnen folgende Mitteilung erhalten: Herr Demos Altobelli, Beisitzer dieser Gemeinde begibt sich zu Ihnen mit dem Auftrage der Gemeindeverwaltung, mit Ihnen Fühlung zu suchen und konkrete, ungefähre Informationen zu übernehmen, über die beste Art, die Absicht der Gemeinde- und Provinzverwaltung schnell und praktisch ins Werk zu setzen. Diese Absicht der Gemeinde ist, den Kindern Ihrer Stadt insofern zu helfen, dass sie eine gewisse Anzahl von Kindern nach Bologna bringt und sie in geeigneten Institutionen oder bei privaten Familien versorgt. Ich bitte Euer Hochwohlgeboren, dem Assessor Altobelli, die ihm anvertraute Aufgabe erleichtern zu wollen und ihn an jene Behörde oder an jene Organisation zu weisen, die eventuell in der Lage ist, unsere Absicht zu unterstützen. Die Stadt Bologna hat die Absicht 200 Kinder sofort in eine geschlossene Ferienkolonie, Casaglia, wo den Kindern auch deutsche Lehrer zur Verfügung gestellt werden sollen, aufzunehmen. Die Kolonie liegt im schönsten Teil der Stadt. Die Stadt Bologna hat für diesen Zweck 100.000 Lire zur Verfügung gestellt und die Provinzialverwaltung hat 50.000 Lire für diese Sammlung gezeichnet, die nun eifrig von vielen Vereinen, insbesondere allen Arbeitervereinen der Stadt Bologna, die unter sozialdemokratischer Verwaltung steht, fortgesetzt wird. Mit Hilfe der aufgetragenen Gelder sollen für Wiener Kinder Lebensmittel gesendet werden. Die erste Kindergruppe wird voraussichtlich am 15. Dezember nach Bologna abgehen.

Laut Mitteilung des Staatsrates für Aussen hat Herr Kreisler, Obmann des Wiener Kinderhilfskomitees in New-York der österreichischen Vertretung in Bern deponiert, dass eine Spende von 10.000 Dollars für Reisen Wiener Kinder nach der Schweiz gesammelt worden ist. Die Spende erliegt bei der Schweizer Kreditanstalt in Zürich auf dem Konto der österreichischen Gesandtschaft.

Gesendet haben auch Rosin in Stockholm für die Armen der Stadt Wien K 1200.-, Ernst Goldberger für die Armen der Stadt Wien K 500.-, Marie Thille Heilbrunn für wohltätige Zwecke K 500.-

Bgm. Reumann bringt ein Dankschreiben der Freiwilligen Rettungsgesellschaft für die ihr von Gemeinderäte verliehene ausserordentliche Subvention von 100.000 K zur Kenntnis, indem es heisst: „Wir sind jedoch überzeugt, dass erst die von uns schon lang erwarteten Verhandlungen mit den Herren Vertretern der Gemeinde die unumgänglich notwendige Sanierung unserer Gesellschaft herbei führen können. Der unmittelbare Einblick, der den von der Gemeinde und das Aktionskomitee der Gesellschaft entsendeten Vertretern in die Verhältnisse der Gesellschaft möglich macht, wird ohne Zweifel diese Verhandlungen auf das nachdrücklichste fördern und zu einem gedehlichen Abschlusse bringen.“

GR. Hammerschmidt verliest den Einlauf.

GR. Dr. Glasauer (chr.-soz.) fragt, was veranlasst wurde, um den Bewerbern für Kleingärten Grund und Boden zuzuweisen, wenn diese Zuteilung erfolgen wird und wieviele Bewerber in den einzelnen Bezirken Berücksichtigung finden werden.

Bgm. Reumann: Die Zahl der Ansuchen um Zuweisung von Kleingärten ist bereits eine so gross, dass die wenigen noch vorhandenen Bruchflächen sich einmal zur Befriedigung eines Bruchteiles der Gesuche genügen. Es wurde daher in Aussicht genommen, jene in grossen verpachteten städtischen Gründe, die von den derzeitigen Pächtern entweder nicht vollausgenutzt oder in einer Weise ausgewertet werden, die den gegenwärtigen Verhältnissen nicht entspricht, unverzüglich für Kleingärtenzwecke zu verwenden. Es war bisher vielfach der Fall, dass städtische Gründe von ihren Pächtern um einen vervielfachten Pachtzins weiter verpachtet wurden, oder dass die Pächter mit der gewonnenen Früchten Schleichhandel trieben. In all diesen Fällen werden die Gründe an Kleingärtner abgegeben werden. Da es aber derzeit keine Stelle gibt, die ein Gesamtverzeichnis über die städtischen Gründe sowie über die laufenden und die zu Ende gehenden Pachtverträge hätte, ist die Sammlung dieses Materials unbedingt notwendige Vorarbeit. Die Arbeiten sind im vollen Zuge und werden entsprechend beschleunigt werden, um es zu ermöglichen, dass wenigstens ein Grossteil der Gesuchsteller noch vor der Anbaueit Gründe bekommt. Da die Eigengründe der Gemeinde aber nicht ausreichen werden, wurde das Landwirtschaftsamt ernächtigt, Gründe von Privaten für Kleingärtenzwecke zu pachten. Die Gemeinde wird auch von allen staatlichen Stellen die Freigabe aller in öffentlichen Besitz stehenden Flächen fordern. Da es somit noch nicht feststeht, welches Grundausmass in ganzen für die Kleingartenwirtschaft bis März 1920 verfügbar sein wird, ist es auch nicht möglich genau anzugeben, wieviele Bewerber berücksichtigt werden können. Es besteht jedoch die Aussicht, die bisher angemeldeten - etwa 12.000 Familien - zum grossen Teile unterzubringen.

GR. Ernstner (Deutschnational) interpelliert wegen der Nichtfreigabe von Holztransporten von Unternehmungen für ihre Angestellten.

Bgm. Reumann: Das städtische Komitee, das zur Abwicklung der Holzaufbringung eingesetzt wurde, hat am 7. November die Freigabe von 50 % des einlangenden Kontingentbrennholzes eingestellt. Eine Unterbindung der Brennholzversorgung von Betrieben, deren Angestellten und Arbeiter tritt dadurch nicht ein, da alles Holz, das aus Gegenden ausserhalb Niederösterreichs stammt, sowie niederösterreichisches Holz, das nach Angabe der betreffenden Bezirkshauptmannschaft in das Kontingent nicht eingerechnet wird, im Verkehr frei ist. Der Beschlagnahme unterliegt hingegen alles in Wien einlangende Kontingentholz, von welchem Standpunkte das Komitee auch in Zukunft nicht wird abweichen können. Ich werde übrigens in der nächsten Gemeinderatssitzung wieder einen umfassenden Bericht über die Brennholzversorgung vorlegen.

GR. Marie Wielach (chr.-soz.) fragt, ob der Bürgermeister dahin wirken wolle, dass die Fürsorgestellen, Ambulatorien und Spitäler Fahrkartenblockade für die Strassenbahn unentgeltlich zugewiesen erhalten, damit sie durch Abgabe von 2 Fahrscheinen den mittellosen und bedürftigen Kranken und Bedürftigen den notwendigen Besuch ermöglichen.

Bgm. Reumann: Die Behandlung dieser Sache erfordert zweifellos umfangreiche Erhebungen über die Tragweite und finanzielle Bedeutung der angeregten Massnahme. Ich werde die Direktion der Strassenbahnen anweisen, über die Angelegenheit an den Stadtrat zu berichten.

GR. Josef Müller (chr.-soz.) fragt, ob sich der Bürgermeister mit der Landesregierung ins Einvernehmen setzen wolle, damit das Rücksackverbot sobaldmöglich aufgehoben werde.

Bgm. Reumann: Ich habe erst vor kurzer den Beschluss einer Bezirksvertretung wegen Aufhebung des Verbotes des Rücksackverkehrs der Landesregierung vorgelegt und werde auch diese Anfrage der Landesregierung übermitteln. Von dieser wurde mir am 20. November mitgeteilt, dass derzeit eine Aufhebung dieses Verbotes nicht in Erwägung gezogen werden kann.

GR. Kunachak (chr.-soz.) interpelliert wegen der Absetzung des auf der Tagesordnung der letzten Gemeinderatssitzung gestandenen Referates betreffend den Verkauf von im Gemeindebesitz befindlichen Säcken, der, da zu jedem Verkauf von Gemeindebesitz die Zustimmung des Gemeinderates in qualifizierter Mehrheit erforderlich ist, einen schweren, schriftlichen zu misbilligenden Eingriff in die Rechte des Gemeinderates bedeute. Er fragt, wie es der Bürgermeister rechtfertige, dass dem Gemeinderate das Referat in einem Zeitpunkt vorgelegt wurde, wo die Ware bereits veräußert und zum Grossteil sogar schon abtransportiert war und ob er bereit sei, durch eine Untersuchung die Schuldtragenden in diesen nichtgenehmigten Verkauf festzustellen, zur Verantwortung zu ziehen und darüber einen eingehenden Bericht zu stellen.

Bgm. Reumann: Der Verkauf der Säcke an den Futtermittelhändler Maier wurde rückgängig gemacht, da es sich herausgestellt hat, dass er entgegen seinen mündlichen Zusagen die Säcke nicht für den eigenen Bedarf benötigte, sondern weiter verkauft hat.

Rufe bei den Christlichsozialen: Das ist ein guter Ehren!

Bgm. Reumann: Sprechen Sie hier nicht von Ehren!

GR. Schmitz (chr.-soz.) Es war höchste Zeit, dass das Geschäft rückgängig gemacht wurde.

Bgm. Reumann: Maier führte Säcke auf seine Kosten wieder in das städtische Depot zurück und wird diesen Rücktransport in der nächsten Zeit beendet sein. Im Übrigen wird das Geschäftsstück ohnehin auch Gegenstand der Beratung des Gemeinderates sein, wodurch sich Gelegenheit geben wird, über die Sache zu sprechen.

GR. Marie Wielach (chr.-soz.) interpelliert wegen rascher und entgegenkommender Erledigung von Schüleransuchen um Fahrpreisermässigung auf der Strassenbahn.

Bgm. Reumann: Die neuen Fahrpreisbestimmungen enthalten auch die Vorschriften über die Ausgabe von Schüleranweisungen. Ich werde Versorge treffen, dass die Strassenbahndirektion Ansuchen um solche Anweisungen so rasch wie dieser Bestimmungen ohne jede etwa in der Sache selbst begründete Verzögerung/allermöglichster Raschheit behandelt.

Frau GR. Marie Wielisch (chr.-soz.) stellt eine Anfrage wegen Unregelmässiger Belieferung der Kleinkohlenhändler mit Brennmaterial.

Bgm. Reumann: Der Magistrat berichtet: In Beantwortung der Interpellation der GR. Marie Wielisch teile ich mit, dass die Frage der gleichmässigen Belieferung des Kleinkohlenhandels seitens des Magistrates mit grösster Aufmerksamkeit behandelt wird. Die Schwierigkeiten einer gleichmässigen Belieferung liegen einerseits in der Zustellungsfähigkeit, andererseits in der Schwierigkeit der Gewährung von Kohlenaushilfen. Da in letzter Zeit grössere Mengen von Holz als Ersatz für Kohle zur Verfügung gestellt werden konnten, hat sich die Verteilung des Brennstoffes auf die Kleinkohlenhändler etwas gebessert.

GR. Dr. Ehrlich (Jüd.-nat.) verweist in einer Anfrage darauf, dass bei Gewerbebeanmeldungen bei einigen magistratischen Bezirksämtern Formularien ausgefüllt werden müssen, welche auch die Rubrik Religion enthalten.

Bgm. Reumann: Der Magistrat berichtet hierüber: Die bei den magistratischen Bezirksämtern in Verwendung stehenden Gewerbebeanmeldungsformulare enthalten allerdings die Rubrik „Religion“, ohne dass dies im § 12 der Gewerbeordnung ausdrücklich verlangt wird. Die Ausfüllung dieser Rubrik ist jedoch keineswegs gesetzswidrig und empfiehlt sich behufs leichterer Feststellung der Identität des Anmelders und dies umso mehr, als die Personaldaten der Gewerbebeanmeldungen auch für andere amtliche Zwecke benützt werden. Weiters erfordert jede Gewerbebeanmeldung im Hinblick auf § 5 u. 6 der Gewerbeordnung eine Anfrage an die Polizei, in welcher die Angabe eines vollständigen Nationalen unerlässlich ist. Die Angelegenheit fällt übrigens in den Wirkungskreis der politischen Behörde.

GR. Gebäudele Walter (chr.-soz.) stellt folgende Anfrage: Ist der Herr Bürgermeister gewillt, dahin zu wirken, dass in den Kleinwohnungen, die zunächst in der Rossauerkaserne und später in anderen Kasernen eingerichtet werden, statt der bisher gebräuchlichen Küchenherde Gasherde aufgestellt werden?

Bgm. Reumann: Die allgemeine Verwendung von Gasherden statt Kohlenherden wäre sowohl vom kohlenswirtschaftlichen als auch vom hauswirtschaftlichen Standpunkte zweifellos das Richtige. Insolange aber die städtischen Gaswerke trotz unablässiger Bemühungen wegen Materialmangels nicht einmal die notwendigen Gasmesser zum Ersatz schadhafter beschaffen können und insofern die Aufrechterhaltung der Gaslieferung an die derzeit gasverwendenden Haushaltungen infolge der ganz unzureichenden Gaskohlenlieferungen keineswegs als gesichert angesehen werden darf, kann an den Neuanchluss von Gasherden nicht gedacht werden. Unter den derzeitigen Verhältnissen kann demnach die Einrichtung der Kleinwohnungen in Kasernen vorläufig nur mit Herden für die leichter zu beschaffenden festen Brennstoffe erfolgen.

GR. Machats (Tscheche) verweist in einer Anfrage darauf, dass die Strassenbahndirektion alle Gesuche tschechischer Kinder um Fahrpreisermässigungen unerledigt liegen lässt und fragt: Ist der Herr Bürgermeister geneigt, darauf hinzuwirken, dass auch gegen die tschechischen unbedeutenden Kinder von Seite der Strassenbahndirektion in derselben Weise vorgegangen wird, wie gegen andere Schulkinder?

Bgm. Reumann: Ich habe diese Anfrage erst heute nach 3/4 3 Uhr erhalten und konnte daher Erhebungen nicht mehr pflegen. Ich werde einen Bericht der Strassenbahndirektion einholen und nach Massgabe desselben, das weitere verfügen. Zweifellos ist mir jedoch, dass eine Unterscheidung zwischen den Kindern nach der Nationalität, seitens der Strassenbahndirektion nicht gemacht werden kann. GR. Angel (chr.-soz.) stellt den Antrag, die Gemeinde solle in ihren grösseren Badeanstalten „Bäderbewachung“ anstellen und diese im Schwimmen, Springen, Lebensrettung, erster Hilfeleistung, Massage, Bootfahren usw. unterweisen lassen, um auf diese Weise für ihre Badeanstalten ein tüchtiges geschultes Personal zu erhalten.

Der Antrag wird der Geschäftsordnungsässigen Behandlung zugeführt. Es wird hierauf an die Erledigung der Tagesordnung geschritten. Vice-Bgm. Winter übernimmt den Vorsitz.

Nach einem Berichte des GR. Gipfel (Soz.-Dem.) wird die Auflassung der Malborgegasse zwischen der Inbergdorferstrasse und der Angelgasse im 10. Bezirk und die Ueberlassung eines dort befindlichen Grundstückes an die Firma Luria & Co. beschlossen.

Nach einem Berichte des gleichen Gemeinderates wird zur Schaffung von Unterküften für Forstarbeiter der Ankauf der Rosa Fiebler gehörigen Realität in Wildalpen genehmigt, und hierfür ein Kaufschilling von 26,000 Schilling bewilligt.

GR. Hellmann (Soz.-Dem.) beantragt in Vertretung des GR. Ereiter dem österreichischen Künstlerbund in Wien für seine gegenwärtige Anstellung eines Ehrenpreises von 200 K zur Verleihung an einen der vertretenen Künstler zu bewilligen.

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) erklärt, der Preis entspreche in der Höhe von 200 Kwader dem Ansehen noch der Würde der Stadt Wien, auch sei der Betrag nicht geeignet, für einen Künstler, der sich darum bewirbt, irgend eine Aufmunterung zu bedeuten. Er stellt den Antrag, den Preis auf K 600 zu erhöhen und stellt gleichzeitig das Ersuchen, die Gemeinde Wien, die sich sicherlich an einer Künstlerkolonie ein grosses Interesse habe, möge sich der Künstlerschaft, die sich gegenwärtig in grosser Notlage befindet, annehmen, und ihr irgend wie zu helfen suchen.

GR. Rötter (chr.-soz.) schliesst sich den Ausführungen des GR. Dr. Schwarz-Hiller an und unterstützt dessen Antrag betreffs Erhöhung der Subvention von 200 auf 600 Kronen.

Der Referent GR. Hellmann spricht sich für den Antrag Schwarz-Hiller und Rötter aus. Der Referentenantrag wird sodann mit der beantragten Erhöhung auf 600 Kronen angenommen.

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.) referiert über eine neuerliche Erhöhung der auf K 13.- Verpflegeskosten für das Wiener Bürgerversorgungshaus/und die übrigen Versorgungshäuser auf K 10.- täglich. Die Anträge werden angenommen.

GR. Kokrda (Soz. Dem.) berichtet über die Bewilligung zur Betriebseinstellung des Kaffee-Restaurant Kobenzl bis 15. April 1920, wenn sich die Firma Karl L. Bertl & Co. verpflichtet aus dieser Bewilligung keinen Anspruch auf Herabsetzung des Pachtzinses abzuleiten.

GR. Preyer (chr.-soz.) stellt an den Referenten die Anfrage, ob Verfügungen getroffen sind, dass infolge der Betriebseinstellung die Angestellten auf die Strasse geworfen werden und subsistenzlos dastehen werden.

Der Referent GR. Kokrda erwidert, dass diese Frage nicht in die Kompetenz des Gemeinderates falle, dass übrigens der Betrieb im Restaurant Kobenzl gegenwärtig vollkommen brach liege somit dortselbst kein Personal beschäftigt sei. Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

GR. Richter (Soz.-Dem.) beantragt die Erwerbung von diversen Holzsorten aus der Sachdemobilisierung im Gesamtbetrage von 300.000 K. (Angenommen).

GR. Richter (Soz.-Dem.) berichtet über die Weitergewährung der Gemeindegeldzuschüsse zur Arbeitslosenunterstützung für deutsche Angehörige des tschechoslowakischen Staates und stellt den bekannten Antrag.

GR. Rötter (chr.-soz.) fragt, ob die Gemeinde von der tschechoslowakischen Republik dieses Geld wieder zurückerhalte.

Der Referent bemerkt, dass dies ausgeschlossen ist. Der Gemeinderat hat bei seinem seinerzeitigen Beschlusse schon ausgesprochen, dass den Zuschuss nicht nur die Wiener, sondern alle deutschösterreichischen Staatsbürger erhalten sollen, die vor Ausbruch des Krieges in Wien gewohnt und gearbeitet haben. Von der Tschechoslowakei und von Polen wird keine Rechte Reziprozität geübt, daher werden die Unterstützungen an Tschechoslowaken und Polen nicht ausbezahlt, wohl aber an diejenigen Leute, die in den heutigen Gebiete der Tschechoslowakei anständig sind, das nach dem Staatsgesetz vom 22. November 1918 zu Deutschösterreich gehörte. Eine Entschädigung kann für diese nicht verlangt werden.

Der Referentenantrag wird schon angenommen.

GR. Richter (Soz.-dem.) berichtet über die Uebernahme der ehedem-

sehen Holzhäuser in Lainz durch die Gemeinde Wien.

GR. Biber (chr.-soz.) weist darauf hin, dass die Angelegenheit bereits zweimal den Stadtrat beschäftigt habe. Während es ursprünglich geheissen hat, dass es sich um die reine Erhaltung eines Baurechtes handle, erklärte man dann später, dass die Gemeinde für die Anfallhaftung aufzukommen habe und jetzt soll auf einmal die Gemeinde Eigentümerin der Häuser werden. Der Redner erklärt, es sei nicht gleich, ob die Gemeinde Eigentümerin werde und in die volle Verantwortung eintrete, oder ob sie auf 40 Jahre für den Bauzins aufkomme. Die Finanzlage der Gemeinde sei heute eine äusserst ungünstige und man wisse auch nicht, wie sich diese nach 2 Jahren gestalten würde. Alle Anzeichen sprechen sogar dafür, dass es weiter auf der schiefen Ebene bergab gehen würde, Redners Ansicht über die Verwaltungskunst der Mehrheit begründe die Erwartung, dass es in 2 Jahren nicht besser sein werde. Es sei unverständlich, wie es nun sich über einen einmütigen Stadtratsbeschluss hinwegsetzen und das Gegenteil beantragen könne und es bleibe die Frage offen, warum man es jetzt mit dem Ankauf der Häuser so eilig habe. Der Redner beantragt schliesslich die Vorschläge des Referenten abzulehnen.

GR. Bermann (Soz.-Dem.) sagt, GR. Biber habe die Frage aufgeworfen, wann es komme, dass vor noch nicht langer Zeit derselbe Antrag im Stadtrate abgelehnt worden sei. Damals habe es sich darum gehandelt die Häuser mit momentaner Bezahlung anzukaufen, während jetzt eine Vereinbarung getroffen wurde, dass erst nach zwei Jahren die erste Teilzahlung erfolgen und im Laufe von 20 Jahren die Abzahlung durchgeführt werde. Die Frage sei nicht zu sehr eine finanzpolitische, es handle sich vielmehr darum den Obdachlosen so rasch als möglich Wohnungen zu beschaffen. Uns schwebt sagt Redner vor allem der Gedanke vor, dass wir uns das Vorkaufsrecht auf alle Häuser in Wien sichern müssen. Auch der Spekulation mit Häusern muss ein Riegel vorgeschoben werden. Ich bitte Sie den Antrag des Referenten anzunehmen.

GR. Schmitz (chr.-soz.) sagt, es sei begreiflich, dass dieses Referat immer wieder kehre, da es sich um einen Versuch handle der Wohnungsmittel abzuwehren. Diesem Bestreben bringe auch seine Partei vollstes Verständnis entgegen, wenn es sich um die Obdachlosen Wienerhande. Wenn GR. Bermann als Mittel hierzu angeführt habe, der Gemeinde Wien ein Vorverkaufsrecht auf alle Häuser zu sichern, so gratuliere er ihm zu diesem Unternehmen. Nach diesen Erfahrungen, nach diesen Verwaltungserkenntnissen, nach dieser halbährigen Mietwirtschaft hat der Herr Kallaga Boernann nach dem Rat, ein Vorkaufsrecht auf alle Häuser in Wien zu sichern. Dabei bleibt es doch wichtig, dass es eine der wichtigsten Aufgaben ist, den Wiener Obdachlosen ein Heim zu schaffen. Diese Wiener Obdachlosen verstehen es nicht, wenn die Gemeinderatsmehrheit keinen Finger rührt, um die volkreichen Elemente aus Wien hinauszubringen (Beifall rechts). Es handelt sich um 8 bis 10.000 Wohnungen, die wir brauchen, um die jetzt Obdachlosen notdürftig unter Dach zu bringen. Schon im Jahre 1917 waren mehr als 7000 von Fremden besetzt, diese Zahl ist bis heute zweifellos um ein mehrfaches vergrössert worden, daher wäre es eine Leichtfertigkeit die 8 bis 10.000 Wohnungen für die Wiener Obdachlosen in Wien zu finden und freizumachen (Zwischenrufe). Auch wir teilen die Hoffnung, dass die Valuta sich wieder aus dem Tiefstand erheben wird. Eine Voraussetzung hierfür aber ist, dass mit der Arbeiterrate- und Volkswirtschaft eine Ende gemacht wird, denn vorher hat das Ausland kein Vertrauen. (Rufe links: Bürger- und Stadtrats! GR. Schleifer: Ihr habt bei den Wohnungskommissionen nicht mitgetan. GR. Paulitschke: Und ihr habt bei den freigegebenen Wohnungen lauter fremde Juden hineingeholt!) Es ist kein Zweifel, dass der Geldkurs nicht von uns gemacht wird, sondern davon abhängt, welches Vertrauen unserer inneren Verwaltung, unserer staatlichen Ordnung und unseren Vermögen zur demokratischen Selbstverwaltung das Ausland entgegenbringt. Heute erklärt das Ausland unterrechtlos: Dieser Wirtschaft kein Vertrauen! (Lebhafter Beifall bei den Chr.-soz.) Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten: Ihr schädigt das Vertrauen! Wir pfaffen auf eure Vertretung!

GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.): Es ist überraschend, eine Rede von christlich-sozialer Seite gegen die Schwedenhäuser zu hören, wenn man sich erinnert, dass die Aktion der Schwedenhäuser von der christlichsozialen Mehrheit des Gemeinderates im Mai 1918 unter der Aegide des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner beschlossen wurde und dass es eine Lieblingsidee des Dr. Weiskirchner war, diese Aktion in grössten Masse zu verwirklichen. Man mutet uns und der Bevölkerung ein so kurzes Gedächtnis zu, dass man diese Tatsache vergessen sollte. Man hätte die Sache vielleicht im Mai 1918 von finanziellen Standpunkte etwas gründlicher vorbereiten können, aber heute darüber zu rechten, ist wohl verspätet. Die Gemeinde steht einer fertigen Sache gegenüber und ist verpflichtet, das Wort einzulösen, welches sie der gemeinnützigen Aktiengesellschaft für Kleinwohnungen gegeben hat. Diese Aktiengesellschaft hat von der Gemeinde, wenn auch nicht in rechtlicher, so doch in moralischer Hinsicht die Zusicherung bekommen, dass sie aus dieser ganzen Aktion ohne *Verlust der Immobilie* wird.

Der Dank dafür, dass eine gemeinnützige Gesellschaft für die Gemeinde Wien etwas gemacht hat, soll nach Ansicht der Herren Biber und Genossen der sein, dass die Gemeinde diese Gesellschaft in dem Momente im Stiche lässt, wo die Sache ein schlechtes Geschäft zu werden droht. Der finanzielle Standpunkt ist nicht allein ausschlaggebend. Man darf doch Wohnungsfragen nicht vom Standpunkt des Geschäftes behandeln und im Jahre 1918 wollte schon die damalige christlichsoziale Mehrheit ein Opfer bringen. Dieses hat sich freilich durch die Folgen des Krieges vergrössert, es wird sich aber vielleicht doch herausstellen, dass es nicht so gross ist, als man befürchtet, denn es ist die Hoffnung vorhanden, dass sich unsere Valuta von ihrem Tiefstande wieder erholen wird und dass wir dann noch davon profitieren werden, dass wir eine Schuld in schwedischen Kronen haben. Aus diesem Grunde ist es auch gerechtfertigt, dass der Gemeinderat diesmal anders entscheidet, als seinerzeit der Stadtrat. Es ist eine Legende, welche die Christlichsozialen so gerne erzählen, dass das Ausland zu uns kein Vertrauen hat, weil wir die Arbeiterräte haben.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Lesen Sie heute die liberalen Zeitungen.

GR. Dr. Scheu (Soz.-Dem.): Ich weiss es, dass die Amerikaner, die in Wien arbeiten, eine Aktion, die speziell von Arbeiterräten ins Leben gerufen worden ist, unterstützen und bereitwilligst fördern. Die Ausländer sehen hier, was die Arbeiterräte in Wien leisten und gerade auf dem Gebiete der Wohnungs-^{Arbeiterräte} fürsorge ist es eine sehr deplacierte Bemerkung, weil diese/steht heute in einer Aktion grössten Stiles/die überhaupt nicht durchführbar gewesen wären, wenn wir nicht die Arbeiterräte gehabt hätten. Unter den 100.000 Wohnungsbesichtigungen ist keine einzige Klage eingelaufen, dass die Arbeiterräte sich irgendwelche Uebergriffe erlaubt hätten.

GR. Rummelhardt (chr. soz.): Was wäre aber geschehen, wenn wir uns nicht widersetzt hätten.

GR. Schleifer (Soz.-Dem.): Es ist alles so ruhig gegangen, weil die Christlichsozialen nicht dabei waren.

GR. Dr. Scheu: Wenn gesagt wird, dass die Christlichsozialen in diese Wirtschaft kein Vertrauen haben, so weiss ich nicht, ob er sich dabei nicht in der Ansicht der Mehrheit der Bevölkerung sehr täuschen wird.

GR. Zimmerl (Chr. Soz.): Herr Doktor, fragen Sie jetzt die Bevölkerung.

GR. Dr. Scheu: Die Herren von der christlichsozialen Partei unterschätzen den Intelekt der Wiener und meinen, dass diese, weil es ihnen jetzt schlecht geht, die Schuld den Sozialdemokraten geben werden. Eine solche Kurzsichtigkeit können Sie bei der Wiener Bevölkerung nicht erwarten, wenn man von einer Wirtschaft spricht, so ist sicher, dass ^{das} Misstrauen in die christlichsoziale Wirtschaft gegründet war. Es ist die moralische Pflicht der Gemeinde und auch das Interesse der Gemeinde, diese Schwedenhäuser in dem Sinne zu erwerben, wie es der Referent beantragt hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Ueber Antrag des GR. Reder (Soz.-Dem.) wird Schluss der Debatte angenommen.

GR. Dr. Ehrlich (jüd.-nat.): Auch die Debatte über die schwedischen Häuser geben Herrn GR. Schmitz Gelegenheit, sich an den Elementen, die er für volkfeind hält, sein Mitleiden zu kühlen. Wir haben uns selbstverständlich jederzeit auch mit der Ostjudenfrage beschäftigt, aber sind immer der Ueberzeugung gewesen, dass durch Gewaltmassregeln, durch ein leeres Geschimpfe und Aufpötschen der Leidenschaften diese Frage nimmer gelöst werden könne. Wir haben schon vor mehr als einem halben Jahre an den zuständigen Stellen dahin zu wirken versucht, dass man sich mit dieser Frage ernst und sachlich beschäftigt. Wir haben immer verlangt, dass man eine Perleustrierung durchführt, um festzustellen, welche Leute mit dem Wirtschaftsleben so innig verknüpft sind, dass ihre Ausweisung eine Störung verursachen würde. Wir wollen aber gern mithelfen, dass die Schieber und Prasser entfernt werden. Aber gegen diese Elemente geht es ja nicht. Es werden immer Massregeln ergriffen, die nur die Unschuldigen treffen. Gerade die Arbeiter waren die ersten, denen man gesagt hat, dass sie von Wien weggehen müssen. Das ist doch ein Schlag gegen die Gerechtigkeit, dass man Leute, die hier einen redlichen Erwerb nachgehen, aus Wien hinausdrängt. Sie werden damit nur den Müllhaufen vermehren Sie werden damit nur die Stadt Wien in den Ruf der Barbarei bringen, was Sie hoffentlich so wenig wollen wie wir. (Beifall bei den Gesinnungsgenossen).

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Ich muss konstatieren, dass die Behauptungen des GR. Schmitz, die er heute gemacht hat, seit einigen Wochen immer wieder in der christlichsozialen Presse wiederholt werden und so oft wiederholt werden, dass selbst der dümmste Karl von Wien ein überzeugter Christlichsozialer werden muss. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten). Durch diese "eitungsstimmen wird unser Staat im Auslande noch mehr diskreditiert. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Den Schmerz, dass die Christlichsozialen nichts mehr bedeuten, können sie nicht überwinden. Wie sie lügen, zeigen am besten die gestrigen "Wiener Stimmen". Es ist noch nie von einer Partei so agitiert worden, wie jetzt von der Christlichsozialen. (GR. Rummelhardt (Chr. soz.): Ohje, 1911. Man erwartet Hilfe vom Auslande, macht aber unsere Partei für alles verantwortlich. Uns hätte kein Mensch daran hindern können, die Proletarierdiktatur aufzurichten. Sie ist aber deshalb nicht gekommen, weil sie die Christlichsozialen nicht gewollt haben, sondern weil wir sie nicht gewollt haben. (Rufe bei den Sozialdemokraten: Sehr richtig!) Die Christlichsozialen sind erst seit einigen Wochen wieder lustig. (GR. Dr. Grün (soz. Dem.): Friedrichsrufer.) Der Regierung selbst sind die christlichsozialen Demonstrationen zu Beginn des Krieges unangenehm geworden. Die Regierung hat sie dann eingeschränkt und die Christlichsozialen haben sich darauf beschränkt, günstige Kriegesberichte zu bringen und die Bevölkerung auf das Durchhalten zu trainieren. Sie haben solange Siegfriederpolitik getrieben, bis jedermann einsahen musste, dass der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei.

GR. Bermann (Soz.-Dem.): Die Siegespalme!

GR. Dr. Grün (Soz.-Dem.): Der Herr GR. Breuer als Fahnenjungfrau!

GR. Forstner: Sie können Gott danken, dass die reine unbefleckte sozialdemokratische Partei (Gelächter bei den Christlichsozialen) die Regierung in die Hand genommen hat. Sie sind unter dem Fluche der Bevölkerung aus diesem Saale verschwunden. (Zustimmung und Händeklatschen bei den Sozialdemokraten). Das schmerzt Euch sehr.

GR. Breuer (chr. soz.): Macht Wahlen!

GR. Forstner: Sie selbst haben von der Durchführung der Wahlen die grösste Angst. Bei den heutigen Verhältnissen würden Sie sogar einen Erfolg erzielen, aber das ist es ja, wovor Sie sich fürchten. Sie könnten es nicht besser machen.

GR. Angermayer (chr. soz.): Sie haben versprochen, dass Sie es besser machen werden.

GR. Forstner: Besser könnten Sie es für die breiten Massen der Bevölkerung nicht machen, vielleicht für die Hausherren, für die Unternehmer und die Händlerjuden. (Gelächter rechts). Sie haben inner die armen Hausierer verfolgt und mit den grossen Bankjuden sind Sie Arm in Arm gegangen. Wir sitzen nicht allein in der Runderung und Sie können dem Herrgott dafür danken, dass

wir uns nicht in die Regierung hineingesetzt haben, denn Sie hätten nicht 14 Tage regieren können. Wenn Sie Ihre masslose Agitation weiter treiben wie bisher, so stürzen Sie unser Volk und Land in das schwerste Unglück.

GR. Proyer (chr.-soz.): Das hat Ihr gründlich besorgt.

GR. Bearmann (Soz.-Dem.): Eine gewissenlose Demagogie treiben Sie.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Es gehört eine Portion Verdrehungskunst dazu mit den Sozialdemokraten in einer Regierung zu sitzen und diese Regierung fortgesetzt vor dem Auslande als bolschewistisch zu denunzieren.

GR. Rummelhardt (chr.-soz.): Macht ein Ende mit den Arbeiterräten und mit den Zuständen in der Volkswehr.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Sie sitzen in der Staatsregierung, im Hauptausschuss und wälzen die Verantwortung für alle schlimmen Sachen den Sozialdemokraten auf. Auch hier sitzen Sie im Stadtrat und in allen Ausschüssen und treiben die Dinge sogar so weit, dass Sie gegen Vorlagen des Stadtrates Stellung nehmen, die noch unter Ihrer Mehrheit beschlossen wurden.

GR. Kunschak (chr.-soz.): Wir können es uns schon erlauben gegen den eigenen Stadtrat Stellung zu nehmen.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Man muss die christlichsozialen Blätter zur Verfolgung, was den Leuten alles gesagt wird. Ich kenne Herrn Kollegen Kunschak als guten Debatter, geschickten Redner und Stillisten, aber dann er die Dinge so zu verdrehen vermag, wie er es in seinen Artikel der Reichspost vom 30. November oder in seiner Rede im Gesellenvereine am Montag getan hat, da glaube ich, er hat sich an Jesuiterei selbst überboten. Er sagt in dem Artikel zunächst, dass die Christlichsozialen gar nicht die Absicht gehabt haben, hier etwas zu unternehmen; aber an selbem Tag hat die Reichspost das Bild gebracht, wie die Herren hereingekommen mit dem Staberl am Rücken (Heiterkeit bei den Christlichsozialen). Da zeigt sich, dass sie mit der Absicht am Freitag in den Gemeinderat gekommen sind, eine Aufmachung zu bieten damit die Christlichsozialen Wähler sehen, ahn, jetzt sind Sie wieder da! Wenn aber das eine Kunst ist, durch so lang Jahre ein Gemeindefudget passiv zu erhalten und die Mehrausgaben regelmäßig Jahr für Jahr durch Anleihen zu bedecken....

GR. Huber (chr.-soz.): He, Forstner, nur bei der Wahrheit bleiben, fruktifizierte Anleihen.

GR. Bearmann (Soz.-Dem.): Um ^{Millionen} 400/1000 Defizit zu übergeben.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Sie verstehen ja unsere Politik nicht, sie darauf abzielt, die Unternehmungen aktiv zu machen. (Debatte Heiterkeit bei den Chr.-Soz.) Ja, eine Wählerbankpolitik, von dem Standpunkt aus, wie Sie sie betrieben haben, betreiben wir nicht. (Neuerliche Heiterkeit bei den Chr.-Soz.)

GR. Rotter (chr.-soz.): Ihr nicht ja den Leuten die Haut über die Ohren herunter!

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Herr Kunschak sagt, dass seine Partei die Referate zu spät bekomme. Ist es denn in Gemeinderate etwas neues, dass ein Referat später vorgelegt wird. Unausgesetzt haben früher unsere Gemeinderäte darüber geklagt, dass ihnen die Referate zu spät vorgelegt wurden, oder dass sie sie gar erst auf dem Pult vorgefunden haben.

GR. Kunschak (chr.-Soz.): Ihr sollt es eben besser machen.

GR. Forstner (Soz.-Dem.): Ihr habt es 24 Jahre nicht besser gemacht. Ich staune, wie man die Sterne haben kann über das zu kritisieren, was man selbst getan hat.

GR. Kunschak (chr.-Soz.): Ja, wenn alles beim alten hätte bleiben sollen, dann hätten sie Euch nicht hereingeschickt.

GR. Huber (chr.-Soz.): Gehen wir zu unseren Holzhäusern.

GR. Forstner (Soz.-Dem.) Die Christlichsozialen behaupten immer, dass sie Republikaner seien, aber glauben tut es ihnen keiner, sie sind doch immer die alten Monarchisten. Herr Kunschak hat in einer Versammlung den Aufwand für den Molloch Militarismus gesprochen, aber rechnen Sie sich aus, was uns heute der Molloch Militarismus kosten würde.

GR. Schnitz (Chr.-soz.) Wollt Ihr heute mit Kriegsschiffen auf der Donau spazieren fahren.

GR. Kramer (Soz.-Dem.) Fuch tut ja Leid darum.

GR. Bermann: (Soz.-Dem.) Diese Versammlungsreden des Herrn Kunschak sind Jonglierkunststücke. Wenn die Volkwehr nicht gewesen wäre, dann hätten wir das Chaos.

GR. Kramer (Soz.-Dem.): Dann würden Sie alle hängen! Fuch haben sie geschützt.

Von der Galerie werden Zwischenrufe laut.

GR. Dr. Schwarz-Hiller (Demokrat): Die Galerie rauf bereits.

Vize-Bgm. Winter: Ich bitte die Galerie, sich jeder Aeusserung zu enthalten, ich müsste sonst anordnen, dass der Zwischenrufer entfernt wird.

GR. Forstner (Soz.-Dem.) Wir haben die Volkwehr bereits abgebaut, aber wollen Sie in diesen Zeiten wieder jene Zustände herbeiführen, die wir durch 14 Tage nach dem Zusammenbruch gehabt haben. In Uebrigen wird man aber auf die demagogischen Kniffe des Herrn Kunschak schon noch zurückkommen und auch auf diese heuchlerischen Phrasen, dass die Sozialdemokraten an allen allein die Schuld tragen.

GR. Schnitz (Chr.-Soz.) Sie brauchen nur mit der Strassenbahn fahren, da hören Sie noch viel mehr.

GR. Kramer (Soz.-Dem.) Das ist nicht massgebend!

Ich fürchte, dass Zustände herbeigeführt werden, die wir beide nicht wünschen. Wenn Sie so weiter tun, so endet es mit der Besetzung Oesterreichs durch die Entente. (Rufe: Das wollen sie ja haben! Beifall).

Der Referent GR. Richter (Soz.-Dem.) verweist in seinem Schlusswort darauf, dass die Angelegenheit bereits im Mai 1918 also zu einer Zeit, wo noch wenig Sozialdemokraten im Gemeinderate waren, in Angriff genommen wurde. Es war Weiskirchner's Königsgedanke Schwedenhäuser einzuführen und damals war die Sache schon vollständig fertig, bevor sie noch den Gemeinderate beschäftigt hatte. Tatsache ist, dass wir das Geschäft übernehmen mussten und dass wir versuchen, den besten Ausweg zu finden. Die Lösung, die wir gefunden haben mit der 20 %igen Abzahlung ist besser, da wir während der 45 Jahre gewiss an Zinsen mehr zahlen müssten, als wir jetzt mit samt der Abstossung des Kapitals zahlen müssen.

Bei der Abstimmung wurde der Referentenantrag angenommen.

Bgm. Reumann übernimmt wieder den Vorsitz.

VB. Emmerling berichtet über die bekannten Bedingungen wegen Erwerbung der Ybbskraftwerke durch die Gemeinde. Er weist auf die Rentabilität der Kraftwerke hin, der gegenüber die gesamten Kosten von rund 33.6 Millionen Aronen in Friedenswährung gerechnet nicht als hoch angesehen werden können. Durch die Erwerbung der Ybbskraftwerke wird es auch in der Zeit der Kohlennot - und damit wird ja auch in der Zukunft zu rechnen sein - möglich sein, einen weit grösseren Teil der Lichtkonsumenten zu befriedigen und auch nicht zu solchen Sparmassnahmen greifen zu müssen, wie sie jetzt bestehen. Dadurch dass die Gemeinde bei der Erwerbung des Projektes keine wie immer gearteten Verpflichtungen eingeht, ist die Gemeinde in die Lage versetzt, sich an der für die Leistungsfähigkeit der Elektrizitätswerke wichtigen Angelegenheit zu interessieren. Es ist auch Aufgabe der Gemeindeverwaltung dafür zu sorgen, sich vom Auslande im Bezug auf Kohle und im Bezug auf das übrige Material möglichst frei zu machen. Da die Angelegenheit infolge der in den nächsten Tagen stattfindenden Verhandlungen dringlich ist, stellt der Referent den Antrag: Das Kaufanbot auf Erwerbung des Projektes und der Konzession für den Ausbau der Ybbswasserkräfte wird mit dem Vorbehalt angenommen, dass die Gemeinde berechtigt ist, von diesem Rechtsgeschäfte ohne irgendwelche Ersatzleistung an die Konzessionswerber zurückzutreten, wenn sie dies spätestens zwei Monate nach Eintritt der Rechtskraft des Konsenses schriftlich erklärt.

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat) hält sich darüber auf, dass er die Anträge erst um 4 Uhr nachmittags bei seinem Erscheinen im Gemeinderate vorgefunden habe. Er mache keine faktische Opposition, aber, wenn man ihm ernstlich zumute, dass er sich aus der Vorlage ein klares Bild der Angelegenheit machen könne, so sei dies eine Farce. Ich bin selbstverständlich dafür, fährt Redner fort, dass wir uns von der Kohle soweit als möglich unabhängig machen, dass wir nicht nur unser Licht mit Wasser machen, sondern auch unsere Eisenbahnen mit Wasser betreiben und vielleicht werden wir auch einmal via elektrischen Strom mit Wasser heizen können. Es werfen sich hier aber einige Fragen auf, um deren Beantwortung ich den Herrn Referenten bitten möchte. Es ist richtig, dass wir uns die Vertretung bei den wasserrechtlichen Verhandlungen sichern. Es wäre aber auch wichtig zu erfahren, wie sich die Regierung der Ausnützung dieser Wasserkräfte durch die Gemeinde Wien gegenüber verhält. Meine erste Frage ist daher, welche Aussprache bezüglich der Ausnützung dieser Wasserkräfte zwischen den Vertretern der Gemeinde Wien und der Staatsregierung stattgefunden und mit welchem Resultat

Es wird heute schon die Frage aufgerollt werden; Mit welchem Gelde werden diese Wasserkräfte gebaut werden und wie stellt man sich die ganze Finanzierung dieser Angelegenheit vor? Die Bevölkerung hat nichts davon, dass wir mit Projekten kommen und sie auf die Zukunft verträsten, wenn nicht zugleich die Möglichkeit gegeben wird, diese Projekte auch tatsächlich zur Durchführung zu bringen. Es wäre sehr interessant zu erfahren, in welcher Form und welcher Art seinerzeit die finanzielle Durchführung dieser Angelegenheit gedacht ist. Ich kenne den Inhalt der rechtlichen Vereinbarungen zwischen allen diesen Personen, die hier in dem Vertrage nur angedeutet aber aus mir unbekanntem Gründen nicht genannt werden, nicht und muss daher die weitere Frage an den Herrn Referenten richten: Sind wir so gewichert durch die Vereinbarungen, dass wir nicht in einem Zeitpunkte zugunsten eines auswärtigen Interessentenkonsortiums aus dieser Angelegenheit hinausgeworfen werden können? Es wäre weiters die Frage zu erwägen, ob diese ganze Anlage nicht einen Teil unseres neuen Finanzplanes bilden kann. Ich stelle die letzte Frage, ob nicht auch bei diesem Projekte gleichzeitig in etwas grosszügiger Weise ein derartiges Arrangement zu treffen wäre, dass unsere Position eine stärkere bleibt, als wenn wir in einzelnen Fällen immer dem Zwange der Not gehorchen und unter Umständen Bedingungen annehmen müssen, die uns nicht genügen sind. Ich werde für das Referat stimmen und schliesse mit der Bitte, auf das Interesse der abbeitswilligen Mitglieder des Gemeinderates Rücksicht zu nehmen und uns das Studium derartiger Vorlagen vor der Sitzung zu ermöglichen.

GR. Schmid (chr.-soz.) nach dem Frieden von St. Germain, der Österreich zu einem kohlenarmen Land gemacht hat, liegt unsere einzige Rettung darin, daß wir den letzten Reichtum der Österreich geblieben ist, ~~namlich~~ unsere Wasserkräfte benutzen, um elektrische Energie zu erzeugen. Das Donauwerk in Wallsee ist Zukunftsmusik, denn es würde ganz kolossale Summen verschlingen und auch die anderen ~~Donau~~ Projekte sind erst in ferner Zukunft möglich. Alle diese Projekte können uns aus der gegenwärtigen bedrohlichen Situation ~~erheben~~. Das vorliegende Projekt des Ybskraftwerkes ist das ~~einzig~~ ~~ausreichend~~. Daselbe ist eine Bauzeit von drei Jahren vorgesehen und das Projekt besteht im grossen und ganzen darin, daß drei Gefällsstufen angelegt werden: ein natürliches Staubbassin des Lunzersees und dann die Gefällsstufen bei Kogelsbach und Opponitz. Der Vorteil der Kraftanlage liegt, abgesehen von den nicht allzuhohen Kosten darin, daß wir dabei an keinem Stillstand des Werkes zu denken brauchen, was bei der Donau unbedingt durch ein- oder zwei Monate der Fall wäre. Die elektrische Energie, die ~~aus~~ der Hochquellenleitung in Betracht, muß unbedingt angeschlossen werden. Diese Idee ist schon seinerzeit aufgetaucht, nur wurden damals ärztliche Bedenken geäußert, ~~die~~ haben aber gezeigt, daß bei Verwendung gekapselter Turbinen absolut keine Verunreinigung des Wassers erfolgt. Dr. Weiskirchner hat seinerzeit das Bauamt beauftragt ein diesbezügliches Projekt auszuarbeiten und dieses arbeitet nun schon seit geraumer Zeit ~~an~~. Ich glaube, daß wir das vorliegende Projekt akzeptieren sollten und werde auch dafür stimmen. Da es aber doch notwendig ist, dieses Projekt auch in unserem Schoße noch einer genauen Prüfung zu unterziehen, beantrage ich, daß ein fünfgliedriger Ausschuss gewählt wird, der sich mit der Beratung und Prüfung dieses Projektes zu befassen hat. (Lebhafter Beifall bei den Christlichsozialen).

GR. Dr. Kienböck: (Chr.-Soz.) bemerkt, dass eine eingehende Beratung und Prüfung der Vorlage nicht vorgenommen worden ist, da der Stadtrat gestern fast genau in derselben Situation gewesen ist in welcher sich heute der Gemeinderat befindet. Wir haben den Antrag gehabt, den Herr Vize-Bgm. Emmerling darüber in derselben Weise behandelt hat, wie er es heute getan hat. Das ist

gewiss eine bündige Information, aber eine ausreichende ist sie gewiss nicht. Der Name des Konsortiums ist uns genannt worden, aber eine eingehende Information ist auch uns gegenüber nicht erfolgt. Ich kann es nicht für richtig finden, wenn ein solches Referat der Elektrizitätswerke von einem Tag auf den anderen auf den Tisch des Stadtrates und am nächsten Tag auf den Tisch des Gemeinderates gelegt wird, ohne dass eine irgendwie eingehende Information oder eine juristische Bearbeitung überhaupt stattgefunden hätte. Es handelt sich darum, dass gewisse Liegenschaften käuflich erworben, weiter ein Projekt gekauft werden soll. Es steht hier auch ein Kauf der Konzession. Wie man eine Konzession, die noch gar nicht besteht, erwerben kann, weiss ich nicht. Es ist vollkommen unklar, ob wir die Liegenschaften bedingt oder unbedingt kaufen. Die Sache befindet sich in einem Helldunkel, welches nicht notwendig wäre. Ich sehe nicht ein, warum die Sache nicht ordentlich durchgearbeitet wurde. Dieser Fall wiederholt sich jedesmal. Anlässlich der de majo-Verträge war dasselbe der Fall. Es wird von Seite der Majorität anlässlich der Verwaltungsreform die Idee vertreten, dass Fachkollegen aus gewählten und fachmännischen Personen die einzelnen Ressorts führen sollen. Das ist eine Sache, über die sich reden lässt. Wenn die Herren dieser Meinung sind, verstehe ich nicht, warum nicht dasjenige geschieht, was sich nach dem jetzigen Gemeinderat machen lässt, nämlich Sachleute und gewählte Vertreter rechtzeitig zusammensetzt, um eine Sache rechtzeitig und eingehend zu prüfen. Wenn wir zu heutigem Beschlusse fassen. Haben wir damit eine Chance erworben, zu einem gewissen Preise Projekte zu erwerben, und eine gewisse Möglichkeit, deren juristische Grundlage ungeklärt sind, eine Konzession zu erwerben. Damit die Sache für die Öffentlichkeit nutzbar wird, sind eine Reihe von weiteren Voraussetzungen notwendig, die eine ist die technische Möglichkeit den Bau durchzuführen, dann kommt als 2. Punkt die finanzielle Voraussetzung. Ob diese gegeben sein wird, weiss ich nicht. Wenn ausländisches Kapital allein die Sache durchführt, haben wir keine Gewähr, dass die inländische Industrie und Arbeitskraft entsprechend berücksichtigt wird.

damit im F

Aus

VB. Emmerling bemerkte in seinem Schlussworte: Was die
Beschwerde des Dr. Schwarz über, angelangt, so bedaure ich es,
dass die Partei des Herrn GR. Schwarz-Hiller zu klein ist, um in
Stadtträte eine Vertretung haben.

GR. Schwarz-Hiller (Demokrat): Das ist ein schlechter Witz
Herr Bürgermeister, es ändert aber nichts an meiner Beschwerde.
Ich bin Mitglied des Gemeinderates.

VB. Emmerling bespricht die Bemerkungen und Einwände der
einzelnen Redner und betont, dass die Gemeinde jedem Wasserkraft-
projekte fördernd gegenüberstehe. Bezüglich der Verwaltungsreform
könne Redner erwirken, dass sehr rasch daran gearbeitet werde
und dass den Parteien die Gelegenheit geboten werden würde
an der Verwaltungsreform mitzuarbeiten. Der Referent betont wei-
ters, dass es notwendig sei, rasch alle Vorarbeiten zu erledigen,
damit im Winter alle Einwendungen erledigt und im Frühjahr an die
Ausfertigung der Pläne und eventueller Varianten geschritten werde.
Er teilt mit, dass der endgültige Abschluss mit dem Konsortium
das aus den Herren Adolf Bachofer, Dr. Otto Reich und der Ganz'schen
Elekttrizitätsgesellschaft bestehe, erst am 3. Dezember erfolgt sei.
Es ist auch selbstverständlich, dass die finanzielle Lösung dem
Gemeinderate vorgelegt werden wird und das Komitee, das von GR.
Schmid vorgeschlagen wurde, kann sich ausser mit den bautechnischen
Fragen auch mit der finanziellen Frage beschäftigen. Die juristi-
schen Bedenken könne der Referent nicht teilen, weil aus allen
Verhandlungen klar hervorgeht, dass die Gemeinde sich zu nichts
verpflichtet, sondern jederzeit von ihrem Vorhabe zurücktreten
kann. Die Gemeinde könne angesichts der Dringlichkeit der Sache
nicht solange warten, bis sich der Staat rangiert habe. Sie muss
rasch in den Besitz der Kraftanlagen kommen. Die Bedenken, die
in technischer Beziehung eingewendet wurden, fallen weg, da das
Stadtbauamt die Vorlage genau geprüft hat.

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten, der
sich dem Antrag des GR. Schmid anschloss, angenommen.

VB. Emmerling berichtet über den Verkauf von (Lassbruch),
über die Anschaffung von 5 paar schweren Pferden für das Brauhaus
der Stadt Wien und über Kosten für andere dringende Anschaffungen
über die Anschaffung von Eisenblech für die städtischen Strassen-
bahnen und über den Ankauf von 120 langen Chauffeurpelzen aus

der Sachmobilisierung. Seine diesebezüglichen Anträge werden
angenommen.

GR. Dr. Winter (Soz. dem.) berichtet über die Verpachtung
der städtischen Realitäten, X. Katharinnengasse 1 (ehemaliges
Stellwagendepot Himberg) an den Kaufmann Gustav Heyek in Simmering
gegen verschiedene Verpflichtungen, von denen die wichtigste ist,
dass der Pächter, alle heute bestehenden baulichen Schäden und
die für die Einrichtung einer Betriebstätte für Briketterzeugung
notwendigen Instandsetzungsarbeiten auf eigene Kosten zu beheben
muss resp. herzustellen.

GR. Biber (chr. soz.) beantragt, mit Rücksicht auf die
vorgebrachte Stunde die Angelegenheit auf die nächste Sitzung
zu vertagen, da er hiezuge längere Ausführungen vorzubringen habe.

Der Antrag wurde abgelehnt.

GR. Biber (chr. soz.) bezeichnet die Information, die in
der Vorlage gegeben wird als äusserst mangelhaft. Die Realität
bedeckt eine Grundfläche von über 7000 Quadratmeter die Fläche
zu vermietenden Räume ^{umfasst} insgesamt sicherlich ein Ausmass
von 4000 Quadratmeter. Diese sollen während 11 Jahre zu dem
Gesamtmietbetrag von 330 000 Kronen vermietet werden, während der
Mieter einzig und allein die Verpflichtung übernimmt, das Gebäu-
de wieder in normalen Stand zu setzen. Das Bauamt schätzte die
Wiederherstellungsarbeiten seinerzeit auf zirka 90 000 Kronen
während heute dem Herrn Referent die Summe von 200 000 Kronen
genannt hat, für äusserst hoch erkommt. Aber auch dann steht
der Mietbetrag in keinem Verhältnis, denn man müsste mit einer
Mietsumme von mindestens 650 000 Kronen rechnen. Ich finde das
als eine unerhörte Verschleuderung des Gemeindevermögens. Der
Referent kritisiert dann, dass man durch ^{die Verzögerungen} ~~die Verzögerungen~~
Verhandlungen, bezüglich Vermietung in den Winter hineingekom-
men sei, und sich heute sage, dass Gebäude müsse vermietet werden
koste es was es wolle. Dass sei keine Verwaltung, dieses Kunst-
stück bringe jeder zusammen. (Zustimmung rechts.)

Es ist ja unbedenklich, wenn jetzt Herr Biber mit einem Vorkaufs-
recht auf alle Häuser herumwirft, dadurch Unsicherheit in die
Bevölkerung gebracht und die finanzielle Kraft durch leichtfertig
hinausgeworfene Schlagworte neuerlich geschwächt wird. Gegen Miss-
bräuche des Kapitals werden wir uns jederzeit zur Wehr setzen.
Wenn man es aber unmöglich macht, dass sich inländisches Kapital

für solche Unannehmlichkeiten findet, dann begeben wir uns wehlos in die Hände des ausländischen Kapitals, das natürlich keine Rücksicht auf unsere Interessen nehmen wird. Wir dürfen auch nicht vergessen, dass wir solche Werke nur dann schaffen und nutzbringend erhalten können, wenn wir dafür sorgen, dass verwaltungspolitisch der Stadt Wien ein entsprechender Einfluss auf die Verwaltung des Landes zusteht. Die heutige Gemeindeverwaltung steht allen solchen Dingen ohne jede Initiative gegenüber, und dort, wo sie von uns aus geht, bleiben die Anträge liegen. Mit einem solchen Projekt allein ist uns natürlich nicht gedient, wir müssen auch rechtzeitig die Voraussetzungen schaffen, dass das Projekt Wirklichkeit werde und dann der Gemeinde dauern zum Nutzen gereichen könne. (Lauter Beifall bei den Christlichsozialen.)

Wenn die Gemeinde schon nicht mehr in der Lage ist, ihr Eigentum vor Plünderung zu schützen, so geht die Unfallschuld schon wirklich weit. Die Vorlage, die in Verhandlung steht, ist auch wieder eine solche, die dem Gemeinderat schon sehr spät zugegangen ist; denn der Mieter ist in die in Rede stehende Realität bereits am 1. November eingezogen. (Rufe bei den Christlichsozialen: Hört! Hört!) Durch solche Sachen machen sich der Gemeinderat doch wirklich nur lächerlich. Auch in der Bezirksvertretung, die über die Angelegenheit ein Gutachten abgeben muß, ist die Sache noch nicht beraten worden; auch in der Kontrollkommission für das unbewegliche Vermögen der Gemeinde hat man von der Angelegenheit noch nichts gehört. Es ist auf das schwerste zu kritisieren, wenn das Gemeindevermögen und das Gemeindeinteresse in einer solchen Weise, wie in dem vorliegenden Fall, verletzt und preisgegeben wird. Redner bespricht nun die einzelnen Punkte des Vertrages und stellt eine Reihe von Abänderungsanträgen.

GR. Hieß (Soz. Dem.) bezeichnet die Verpachtung der Realität als einen wahren Leidensweg. Fünf Mieter sind schon von der Mietschuld zurückgetreten und man könnte das ganze Gebäude besser als städtische Ruine statt Realität bezeichnen. Die Bedingungen, die das Bauamt verlangt, durchzuführen, dazu wird sich schwerlich ein Pächter finden. Wenn GR. Biber als Mitglied der Kontrollkommission nicht verständigt wurde, so ist das seine Sache, weil er sich sieben Wochen um nichts gekümmert hat. Man könne ihm ja nicht nachlau-

1. Christlichsozialen: Haben wir keine Post? Das ist aber... (Hört! Hört!) Bei der vorgenommenen Vermietung wird die Gemeinde vor grösserem Schaden bewahrt. Allerdings wäre es für die Gemeinde am besten, das ganze Gebäude zu demolieren, weil aus dem, das seinerzeit als St. ... Gebäude gebaut wurde, nichts zu machen ist. Dieser Weg kann aber jetzt nicht gegangen werden und man müsse daher froh sein einen Mieter gefunden zu haben, der das Eigentum der Gemeinde schützen wird.

Nach einem kurzen Schlusssatz des Referenten Dr. ^{Wiesner} ~~Hieß~~ werden die Abänderungsanträge abgelehnt und die Referentenanträge unverändert angenommen.

Ueber Antrag des GR. Speiser wird noch die Gewährung von Teuerungszulagen für Kinder an verwitwete weibliche Angestellte beschlossen und die weiblichen Angestellten der Gemeinde, deren Dienstbezüge nicht durch Kollektivvertrag oder anderwärtiger besonderer Abmachungen festgesetzt ist, in die Gewährung der Teuerungszulagen einbezogen.

Die Sitzung wird sodann geschlossen.

W i e n e r R a t h a u s k o r r e s p o n d e n z.

Wien, 5. Dezember 1919.

Abendausgabe.

Höchstpreise für Znaimer Einleggurken. Für Znaimer Einleggurken
(konservierte Gurken) wurden seitens der Warenverkehrsstelle
nachstehende Kleinveredelungspreise als angemessen erkannt:
Glasware. Mittlere Essiggurken: ein 5 Liter Glas K 53.08,
stückweise 1 dkg 18 h. Kleine Essiggurken: ein 5 Liter Glas
K 63.08, stückweise pro dkg 18 h. Die 5 Liter Gläser müssen
von den Kleinhändlern zum Preise von 5 K pro Stück zurückge-
nommen werden. Fassware. Grosse Salzgurken: stückweise pro dkg
11 h. Kleine Salzgurken: stückweise pro dkg 14 h. Mittlere
Essiggurken: stückweise pro dkg 14 h und kleine Gewürzgurken
(Essiggurken) pro dkg 17 h.
